Campus Demokratie
Stiftung Dialog

Campus für Demokratie vernetzt in Bern

Event vom 25. Oktober 2017

Ohne Partizipation keine Demokratie

Der Campus für Demokratie ist eine nationale Plattform für politische Bildung und Partizipation. Er bringt Akteure aus Praxis und Wissenschaft zusammen, die insbesondere Kinder, Jugendliche und Einwohnerinnen und Einwohner ohne Schweizer Bürgerrecht in ihrer politischen Bildung und Partizipation fördern.

Campus für Demokratie Stiftung Dialog – Monbijoustrasse 31, 3011 Bern
Tel. 031 370 17 29, info@campusdemokratie.ch, www.campusdemokratie.ch

Facts & Figures

Datum	25. Oktober 2017
Ort	Effinger, Bern
80 Teilnehmende	Aus den Beriechen: Verwaltung, Bildung, Jugendarbeit, Politik, Stiftungen, Private
11 ReferentInnen	Moderation: Carol Schafroth, Geschäftsführerin Stiftung Dialog Begrüssung: Jean-François Steiert, Regierungsrat Freiburg, Präsident Stiftung Dialog

Ohne Partizipation keine Demokratie

Referat von
Prof. Dr. h.c. Rolf Gollob

PH Zürich, Schweizer Koordinator für Demokratie- und Menschenrechtsbildung des Europarates

rolf.gollob@phzh.ch

Ein Kind kommt zur Welt, spricht aber nach zwei Jahren noch kein Wort. Keine Untersuchung ergibt etwas. Auch im dritten Lebensjahr redet das Kind nicht. Eines Tages sagt es am Tisch zu seinem Vater: „Kannst du mir bitte das Salz reichen?“ Der Vater fragt erstaunt: „Du kannst sprechen?“. Das Kind antwortet: „Selbstverständlich kann ich sprechen“. Der Vater erwidert verdutzt: „Wieso hast du nie etwas gesagt?“ Da zuckt das Kind die Schultern und meint: „Bisher war alles in Ordnung“.

Die Anektote wirft die Frage auf, wann Partizipation angebracht ist. Die Sichtweisen darüber gehen weit auseinander. Gewissen ist es ein Graus, wenn sich viele Menschen zu vielen Fragen äussern. Denn Partizipation ist zeitintensiv und kann im Falle komplexer Fragen zu schlechten Entscheidungen führen. Für andere hingegen hängt die Legitimität einer Demokratie vom Grad der Partizipation ab.

Doch was heisst Partizipation überhaupt? In der Politik wird sie als „Teilhabe und Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen“ verstanden. Der Zweck der Partizipation ist eine andere Frage. Der funktionalen Sichtweise zufolge geht es darum, möglichst viel Wissen in Entscheidungsprozesse einfliessen zu lassen. Die neoliberale besagt, dass mehr Partizipation zu einem repräsentativeren Abbild der Werte und Präferenzen der Bevölkerung führt. Die Anthropologie meint in der Partizipation den Glauben zu erkennen, dass der Verstand das beste Mittel ist, um mit konkurrierenden Werten klarzukommen. Die emanzipatorische Perspektive sieht die Partizipation als Mittel, um Machtstrukturen herauszufordern und benachteiligten Gruppen und Individuen zu mehr Ressourcen zu verhelfen. Für die post-moderne Sichtweise schliesslich zeigt die Partizipation die Widersprüche und Pluralität der gesellschaftlichen Ansichten auf.

Es fehlt auch nicht an Kritik. Für manche ermöglicht Partizipation einen Minderheits- oder Mehrheitsdespotismus, wenn gut organisierte Gruppen sich besser durchsetzen als andere. Eine übermässige Partizipation könnte die Demokratie zudem destabilisieren, wenn die Entscheidungsprozesse zu lange dauern und nie zu einem Abschluss kommen. Zudem stellt sich die Frage, ob Partizipation wünschenswert ist, wenn die Bürgerinnen und Bürger sie nur aus Eigennutz in Anspruch nehmen. Und bedeutet mehr Partizipation, dass bessere Entscheidungen gefällt werden?

Diese Fragen sind eng mit den Kompetenzen verbunden, die von den Bürgerinnen und Bürgern erwartet werden. Letztlich sind Kompetenzen aber schwer messbar, denn allem voran sind sie ein Potenzial. Mit der Demokratie verhält es sich nämlich wie mit dem Fahrradfahren: Um zu beurteilen, wie gut eine Person es kann, muss diese das Fahrrad erst einmal in Bewegung halten. Auch die Demokratie ist ein Instrument: Nur in der Anwendung kann sie weitergeübt und perfektioniert werden.

Eine Videoaufnahme des Referats finden Sie hier: http://bit.ly/2OPZpUe

Politische Bildung und Partizipation beginnen im Klassenzimmer

Workshop von
Christiane Daepp
Ideenbüro, PH Bern, Lehrerin

christiane.daepp@bluewin.ch

Schule soll mehr sein als Rechnen, Lesen, Schreiben, Stillsitzen, Aufpassen und Reproduzieren. Damit Kinder wachsen und lernen können, wollen sie sich aktiv beteiligen, ernst genommen werden, ausprobieren und auch Fehler machen dürfen. Partizipation wird im Lehrplan 21 unter „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ gefordert. Es ist keine Methode, die einfach runtergespult wird, sondern eine innere Haltung der Lehrperson. Zuvor muss geklärt sein, in welchen Bereichen man Verantwortung abgeben kann und will. Ein Test der Kinderlobby Schweiz zeigt auf, dass Kinder nicht überall mitreden wollen und die gleichen Themen wie Erwachsene zur Mitwirkung geeignet finden.

Beispiele zur Umsetzung von Partizipation:
- Maturareise oder andere Ausflugsziele durch die Klasse bestimmen lassen.
- Schultheater: Die Klasse sammelt gemeinsam die Kriterien für ein geeignetes Stück, einige SchülerInnen lesen verschiedene Theaterstücke und empfehlen der Klasse anhand der Kriterien ein geeignetes Stück.
- DIA – Dienstag ist anders: SchülerInnen können den Unterricht vom Dienstagmorgen bestimmen.
- Kindergarten: Kinder bestimmen ihr Thema frei.
- Eine Unterrichtsstunde pro Woche ist leer und die SchülerInnen sollen sie nach ihren Wünschen gestalten.
- Ideenbüro (www.ideenbüro.ch): Ältere SchülerInnen beraten jüngere 1 Stunde pro Woche.

Potenzial der Jugend - Partizipation in Gemeinden

Workshop von
Michelle Steffen
Dachverband Schweizer Jugendparlamente

michelle.steffen@dsj.ch

Judith Wenger
Schweizerischen Gemeindeverband

judith.wenger@chgemeinden.ch

Wie kann man politisch desinteressierte Jugendliche mobilisieren? Wie lässt sich der mangelnde Wille, sich längerfristig zu verpflichten, überwinden? Wichtig sind die Schaffung von Betroffenheit und kürzere dauernde Engagements, sind sich die Teilnehmenden des Workshops einig. Schwierig sind vor allem die langen Wartezeiten auf Projektentscheide. Doch grundsätzlich sind Jugendliche daran interessiert, an politischen Prozessen teilzunehmen. Viele Gemeinden stehen vor der Herausforderung dieses Potential zu nutzen und so dem mangelnden Nachwuchs für politische Ämter entgegenzuwirken.

Beispiele für Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche in Gemeinden:
- Einführung der Jugendmotion auf Gemeindeebene
- Freie Schulstunden für die Teilnahme bei Jugendparlamenten.
- Den Jugendparlamenten die Möglichkeit geben, selbstständig über eine gewisse Summe zu bestimmen und so Projekte zu unterstützen.

Campus Demokratie
Stiftung Dialog

Projekte: Lernen Sie fünf Akteure kennen

Katharina Genucch

Jugendsession – wenn das Bundeshaus für einmal den Jugendlichen gehört
Jährlich findet die eidgenössische Jugendsession im Bundeshaus statt. 200 Teilnehmende im Alter zwischen 14 und 21 Jahren übernehmen vier Tage lang die Arbeit des Parlaments und diskutieren über die Zukunft der Schweiz.
www.jugendsession.ch

Flavia Huder

„Unsere Gemeinde“ ein Projekt von YES für Primarschulkinder
Das Projekt „Unsere Gemeinde“ von YES (Young Enterprise Switzerland) verfolgt das Ziel, PrimarschülerInnen der 3./4. Klasse auf spielerische Weise Verantwortungen und Rollen einer Gemeinde näher zu bringen. Ein Volunteer aus der Wirtschaft gestaltet dazu fünf Lektionen, in denen eigene Beispiele aus der Praxis angeschaut werden.
www.young-enterprise.ch/programme/ug

Sabine Fankhauser

Youth Rep – die Anliegen der Schweizer Jugend bei der UNO
Als Youth Reps (Jugenddelegierte) vertreten jedes Jahr drei Schweizer Jugendliche die Schweizer Jugend an der UNO, nehmen als Mitglieder der Schweizer UNO-Delegation an internationalen Konferenzen teil und leisten während des ganzen Jahres in der Schweiz freiwillig Sensibilisierungsarbeit.
www.sajv.ch/projekte/youth-rep/

Isabelle Oberson

Jugend debattiert
Jugend debattiert ist ein Bildungsprojekt, welches kontroverse Themen ins Klassenzimmer bringt und demokratische Entscheidungsprozesse erlebbar macht. Jugendliche lernen im Projekt, sich Informationen zu beschaffen, Standpunkte zu vertreten und dabei unterschiedliche Meinungen zu erkennen, zu akzeptieren und argumentativ zu widerlegen.
www.jugenddebattiert.ch

Jelena Mair
Adiam Gabriel

Projekt Allrights von Infoklick.ch
Das Projekt „allrights“ von Infoklick bietet JugendarbeiterInnen und jungen Menschen mit Fluchterfahrungen Weiterbildungen zum Thema Jugend & Integration an und unterstützt sie bei der Entwicklung und Realisierung von Projekten. Ausgebildete und qualifizierte Tandempartner gehen auf Fragen, Ängste oder andere Anliegen zum Thema Migration oder Flucht ein.
www.infoklick.ch

Bleiben Sie informiert!

Verpassen Sie keinen Campus für Demokratie Event und erfahren Sie über andere Veranstaltungen sowie News rund zum Thema politische Bildung und Partizipation. Wir informieren Sie gerne auf unseren Kanälen:

Website	www.campusdemokratie.ch
Newsletter	www.campusdemokratie.ch/kontakt
Facebook	www.facebook.com/campusdemokratie
Twitter	www.twitter.com/camp_demokratie

Campus für Demokratie Stiftung Dialog – Monbijoustrasse 31, 3011 Bern
Tel. 031 370 17 29, info@campusdemokratie.ch, www.campusdemokratie.ch